Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1918

97 (27.2.1918) Mittagsblatt

Visual Library

Badische Landeszeitung

Täglich zwei Ausgaben (mittags und abends)

Ausgabe: Wöchentlich zwölfmal. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen Mk. 4.05, monatlich Mk. 1.35, in das Haus gebracht Mk. 4.35, monatlich Mk. 1.45, durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr Mk. 4.05 gegen Vorausbezahlung.

Anzeigengebühr: Die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., Reklamezeile 60 Pf., hierauf 10% Teuerungszuschlag, Rabatt nach Tarif.

Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Hirschstraße 9 (Fernsprech-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.

Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walther Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Lokalnachrichten, Gerichtssaal, Sport, Handel und letzte Drahtberichte Karl Binder; für Reklamen und Anzeigen Mathilde Schuhmann; sämtliche in Karlsruhe.

Sprechzeit der Schriftleitung: vormittags 1/2 10—1/2 11 Uhr, nachmittags 1/2 5 bis 1/2 6 Uhr Fernsprech-Anschluß Nr. 400.

Rotationsdruck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Hirschstr. 9, Karlsruhe.

Nr. 97 — 77. Jahrgang. — **Karlsruhe, Mittwoch, 27. Februar 1918** — 77. Jahrgang. — **Mittagsblatt.**

Deutscher Abendbericht.

WTB. Berlin, 26. Febr., abends. (Amtlich.)

Die Operationen im Osten nehmen den beabsichtigten Verlauf.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Vormarsch im Osten.

WTB. Berlin, 27. Febr. Kaum vermag man auf der Karte dem ungestümen Vorwärtsdrängen des deutschen Heeres zu folgen. Orte, die noch vor wenigen Tagen in weiter Ferne zu liegen schienen, sind heute von den Spitzen und morgen von dem Gros der Marschkolonnen durchschritten. Es ist ein atemberaubendes Tempo, das die Kolonnen der Befreier vom Joch der Roten Garde eingeschlagen haben und das ihnen täglich neue Dankes- und Segenswünsche der bedrückten Einwohner einträgt. In Estland wütet unterdessen die Rote Garde weiter, ohne sich von ihrer Regierung im mindesten beeinflussen zu lassen. Um so energischer vollzieht sich der Vormarsch der Deutschen, der durch plötzlich einsetzendes schlechtes Wetter (Schnee, Westwind und starke Temperaturschwankungen) nicht aufgehalten werden kann. Zahlreiche, tiefgegliederte, nebeneinander nord- und ostwärts vormarschierende Kolonnen, die sich strahlenförmig ausbreiten und starke Abteilungen mit Artillerie und Maschinengewehren vorausschicken, stehen größtenteils bereits in der allgemeinen Linie Pleskau-Dorpat-Reval.

Das schnelle Vorwärtsdrängen der Vorhuten hat nirgends zum Abreissen der Verbindung geführt. Alle Kolonnen stehen in sich und mit den Nachbartruppen trotz der gewaltigen und täglich anwachsenden Entfernungen unausgesetzt in Verbindung. Besonders bewährt hat sich die Beförderung größerer geschlossener Truppenkörper auf dem sogen. Panje-Schlitten. Kilometerweit ziehen Schlittenkolonnen durch die Wälder und zugefrorenen Sümpfe Estlands und durch Livlands freundliche Hügellandschaft, wo dieses schöne Land so furchtbar durch die scheußlichsten Auswüchse der Revolution leiden mußte. Schon die Schickungen des Krieges sind furchtbar genug, aber hier und in dem vom Kriege überhaupt nicht berührten Gebiete muß man die Verwüstungen des Krieges, sinnlos und zwecklos ausgeführt, wieder finden. Vielleicht wäre manche vereinzelt ausgeführte Gewalttat noch zu begreifen, wenn sie sich nur gegen Angehörige der feindlichen Staaten richtete. Aber der Lette, der Esthe, sie werden in gleicher Weise heimgesucht wie der Deutsche, der leiden muß, ohne Rücksicht darauf, ob er Reichsdeutscher war, oder als russischer Staatsangehöriger im russischen Heere Kriegsdienste geleistet hat, einfach weil er einen deutschen Namen trägt. Nun, da die Tore von Dorpat und Reval sich dem Befreier öffneten, und mit dem Verschwinden der Roten Garde die Rückkehr der Ordnung in diesen altehrwürdigen Städten angebahnt ist, wird Jubel in aller Herzen sein.

Nachprüfung der Versailler Kriegszielbeschlüsse.

() Berlin, 26. Febr. Laut „Berl. Tagebl." meldet die „Daily Mail", das britische Kabinett habe sich in einer Sitzung am Freitag bereit erklärt, in die von dem Präsidenten Wilson gewünschte Nachprüfung der Versailler Kriegszielbeschlüsse einzutreten.

Die Reichstagsdebatte.

Graf Rödern über den Etat. — Das deutsche Ultimatum an Rußland. Der Demonstrationsstreik.

Sitzungsbericht.

WTB. Berlin, 26. Februar.

Am Bundesratstisch: von Payer, Graf Rödern, Dr. Fischer und Wallraf.

Vizepräsident Dr. Paasche eröffnet die Sitzung um 1.15 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst

kurze Anfragen.

Abg. **Alpers** (D. Fr.) fragt nach der Verlegung des Sitzes des Reichsausschusses für den Wiederaufbau der Handelsflotte von Berlin nach einer der Hansastädte.

Unterstaatssekretär von **Jonquieres**: Es ist unerläßlich, daß der Reichsausschuß jederzeit Gelegenheit hat, mit den übrigen Reichsstellen in Verbindung zu treten. Durch die Verlegung in eine der Hansastädte würde das Verfahren nur verlangsamt werden.

Abg. **Höckscher** (F. Vp.) fragt nach Maßnahmen zur Besserung des Loses deutscher Zivilgefangener in England und seinen Kolonien.

Geh. Regierungsrat von **Heller**: Das Schicksal der Deutschen wird mit Eifer verfolgt. Beschwerden sind wiederholt erhoben worden. Erfolge sind schon erzielt. Die deutsche Regierung wird weitere Maßnahmen ergreifen, insbesondere sollen den Zivilgefangenen Zusatznahrungsmittel durch neutrale Hilfe zugestellt werden. Am schlimmsten steht es um die Deutschen in den englischen Kolonien. Die Behandlung daselbst bedeutet vielfach eine Grausamkeit, namentlich in Indien. Deutschland verfolgt die vollständige Räumung dieser Lager und fordert die Freilassung dieser Gefangenen.

Abg. **Bartschat** (F. Vp.) wünscht Befreiung von Ausfuhrbestimmungen, unter denen west- und ostpreußische Seehäfen, insbesondere Königsberg sehr leiden.

Ein **Regierungskommissar** sagt möglichste Beseitigung der Ursachen der Beschwerden zu.

Abg. **Geyer** (U. Soz.) beschwert sich über die über die „Leipziger Volkszeitung" verhängte Vorzensur.

Unterstaatssekretär Dr. **Lewald**: Eine Vorzensur besteht in Deutschland nicht. Der Umstand, daß in wenigen Fällen die Zeitungen vorher vorgelegt werden müssen, ändert daran nichts.

Hierauf wird die erste Lesung des Etats fortgesetzt.

(Reichskanzler Graf Hertling erscheint im Saal.)

Staatssekretär des Reichsschatzamtes v. Roedern

nimmt das Wort:

Bei den finanziellen Darlegungen kann ich mich kurz fassen, da in dem laufenden Etat Mittel für die Kriegslasten nicht angefordert werden. Der ordentliche Etat weist eine Steigerung von 2,390 Milliarden nach. Der außerordentliche Etat schließt mit 426 Millionen gegen 93 Millionen im Vorjahre ab. Bei der letztjährigen Etatsbewilligung war der Ausgleich neben den laufenden neuen Steuern durch den 20proz. Zuschlag zur Kriegssteuer bewilligt, die wir damals auf höchstens 500 Millionen veranschlagten, die aber in etwa dem doppelten Betrage dem laufenden Rechnungsjahre zugute kommen dürften. Der Ausgleich in diesem Jahre ist auf 2,875 Milliarden Mark angesetzt. Er findet seine Hauptbegründung in dem gesteigerten Zinsendienst. Der zweite Hauptgrund des gesamten Mehrbedarfs liegt in der Tatsache, daß der vorjährige bewilligte Zuschlag zur Kriegssteuer ein einmaliger war, also in diesem Jahre sein damals veranschlagter Betrag erneut der Deckung bedarf. Setzt man aber diesen Zuschlag nach Maßgabe der vorjährigen Veranschlagung fest, so bleibt nur noch ein Betrag von nicht ganz 70 Millionen für den Mehrbedarf, der sich auf Mindereinnahmen und Mehrausgaben der einzelnen Verwaltungszweige verteilt.

Der Staatssekretär geht auf die Hauptposten bei diesen Verwaltungen ein, bezeichnet die Mindereinnahmen von 10 Millionen Mark durch den Ausfall der Verzinsung der chinesischen Kriegsentschädigung, die Mindereinnahme von rund 14 Millionen Mark durch Aufzehrung des Hinterbliebenenversicherungsfonds, sowie die Mehrausgabe von 58 Millionen Mark, die zum Teil durch Schaffung neuer etatsmäßiger Stellen und Uebernahme der beiden neuen Reichsämter in den Haushaltsetat entstanden sind. Bei der Verwaltung der Reichseisenbahnen sind die Mehrausgaben auf eine Ausbesserung und Ergänzung des Fuhrparkes und des Betriebs- und Werkstättenmaterials zurückzuführen. Beim außerordentlichen Etat habe ich lediglich darauf aufmerksam zu machen, daß die Erhöhung auf die Einstellung von 300 Millionen auf Grund des Gesetzes betreffend Wiederherstellung der Flotte zurückzuführen ist.

Was das heute mit zur Beratung stehende Abänderungsgesetz zum Kriegssteuergesetz betrifft, so handelt es sich dabei um eine reine Verrechnungsvorschrift. Es soll, wie im Jahre 1916 ein etwaiges Defizit ebenso auch im Jahre 1917 auf die Kriegssteuer verwiesen werden. Der Ertrag der sogenannten Kriegsgewinnsteuer mit Zuschlag wird voraussichtlich 5 1/2 Milliarden überschreiten. Die Kohlensteuer hat in der letzten Zeit annähernd 70 Millionen im Monat gebracht. Die Zigarettensteuer wiegt den gegen den Voranschlag niedrigren Ertrag der Warenumsatzsteuer reichlich auf. Hoffentlich gehen wir aus dem Kriege infolge der Bewilligungen der letzten Jahre ohne ungedeckte Fehlbeträge heraus. Die neuen Steuervorlagen gehen dem Reichstage nach Ostern zu. Ob sie schon den ersten Schritt in die große am Ende des Krieges erforderliche Finanzgesetzgebung oder wieder als eine Zwischengesetzgebung während der weiteren Dauer des Krieges zu betrachten sind, steht noch dahin. Aber auch für den letzten Fall werden unsere Gegner an der Westfront an dem Willen und an der Kraft, finanziell den Endkampf auch an dieser Front zu bestehen, nicht zuzweifeln haben. (Beifall.) Die Depositen der deutschen Kreditbanken haben im letzten Jahre wieder um mehrere Milliarden zugenommen. Die Sparkassenguthaben sind nach Abbuchung aller Kriegsanleihezeichnungen um 3 1/2 Milliarden gewachsen. Die Zahl der Sparkassenbücher ist um mindestens 1 1/2 Millionen gestiegen. Diese Zahlen beweisen, daß das im Kriege nun einmal schneller rollende Geld in weite Kreise geflossen ist, welche die Millionen zahlen, die Zeichner der letzten An-

Wenn zwei sich lieben.

Roman von Fr. Lehne.

(43) (Nachdruck verboten.)

Sie wurde blaß. „Nein, nein!" schrie alles in ihr. Sie konnte nicht. „Ach Peterlein!" bettelte sie, „lasse es doch bei unserer ersten Bestimmung: nach dem Manöver, Ende September!" Sie sah den enttäuschten Zug in seinem Gesicht; da streichelte sie ihm die Wangen — „ich hab mirs zum Herbst so schön gedacht! Sieh', im Sommer könnten wir sowieso nicht so viel Zeit mehr beisammen sein! Da kommen die Uebungen, die Manöver! — Sei lieb, Peterle, dränge nicht! — Wir sehen uns doch jede Woche."

Heiter lächelte sie ihn an und innen war alles wund und weh; verzweifelt suchte sie nach einem Aufschub — sie liebte Peter doch nicht, konnte ihn nicht heiraten — ganz deutlich fühlte sie das! Aber hätte man nicht an ihren Verstande gezweifelt, wenn sie jetzt mit einem Male die Verlobung hätte lösen wollen? Das war doch unmöglich! Aber Zeit wollte sie wenigstens gewinnen; sie hoffte auf ein Wunder. Und sie umschmeichelte Peter, war herzlich wie nie, nur um ihn von seinem Wunsche abzubringen, damit er ihn nachher im Familienkreise nicht wieder äußerte.

Er hielt sie im Arm. „Peterle, jetzt lasse mich. Ich muß Toilette machen, muß pünktlich sein! Du kennst Papa" — damit wollte sie sich von ihm befreien; doch fester drückte er sie an sich — „so bist du am schönsten" — und trunken heftete sich sein Blick auf ihre schlanke, schöne Gestalt, die von einem blauseidenen, mit phantastischen Vögeln und Blumen reich gestickten Kimono umhüllt war. Geschickt entwandt sie sich seinen Armen und eilte nach der Tür — „Peterlein, weißt doch den Weg nach Papas Rauchzimmer! Suche dir dort solange eine brünette Geliebte aus!" rief sie scherzend. „Ich beeile mich, um bald wieder zu kommen."

Hastig lief sie die Treppe hinan in ihr Ankleidezimmer. Mit einem wilden, trockenen Schluchzen brach sie vor dem Diwan zusammen. Sollte diese Lüge, diese Vorstellung nun immer so weitergehen? Wie ertrug sie das nur? Peter tat ihr dabei so leid. Aber sie mußte ihr selbst gewähltes Geschick weiter tragen; ein Auflehnen dagegen war nutzlos! — — —

„Astrid, wenn ich auch weiß, daß es dir vielleicht schwer fällt, so möchte ich dich doch an meine Bitte erinnern, die ich neulich ausgesprochen: Willst du nicht zu Doktor Rehfelds gehen: Vier Tage bist du schon wieder zurück," mahnte der Geheimrat, „fahre gleich heute, dann hast du es hinter dir!"

Astrid senkte den Kopf und dachte nach.

„Gut, Papa, ich werde nachmittag bei der Pfarrerin vorfahren und beim Doktorhaus, und beiden Damen werde ich etwas mitnehmen; ich habe da einige orientalische Sachen, die ich eigentlich für mich gekauft hatte — aber du sollst sehen, wie ich gehorsam bin!" — —

Der Besuch bei der Pfarrerin am Nachmittag war überstanden.

Sie hatte die würdige Dame dadurch hocherfreut, ebenso auch durch die Stickereien, die ein prächtiges Kissen und eine Decke abgeben würden.

Immer wieder hatte die rundliche, gutmütige und gescheite Frau ihr die Hand gedrückt. „Nein, gnädiges Fräulein, wie ich mich freue, daß sie in Aegypten an mich einfache Frau gedacht haben! So dankbar bin ich Ihnen."

Und Astrid lernte das ihr bis dahin ungekannte Gefühl der Befriedigung kennen, jemand, der nicht zu den Kreisen gehörte, in denen sie verkehrte, durch eine liebenswürdige Aufmerksamkeit zu erfreuen!

Die kurze Entfernung zum Hause des Arztes legte sie zu Fuß zurück. Sie hatte den Chauffeur heimgeschickt mit dem Bemerken, sie würde telephonieren.

Das Herz klopfte ihr, als sie den Gartenpfad zur Haustür entlang schritt. Ein Gärtner arbeitete in dem Garten, grub Beete um und verschnitt Sträucher. So hoffnungsvoll und rührend und unwahrscheinlich schienen ihr die schüchternen Versuche des Keimens und Grünens, ihr, die erst aus südlichen Lande gekommen, wo träumend sich die Palmen im leisen Winde wiegten.

Das kleine Dienstmädchen führte sie in das Wohnzimmer, das sich links von der Eingangstür befand, dem Wartezimmer gegenüber.

Von draußen hatte sie schon zu ihrer heimlichen Erleichterung Sonne Weltenfelds mutige Stimme gehört.

Warum fürchtete sie sich nur so vor diesem Hause?

Gott, wie sah Frau Herma elend aus!

Sie erschrak beinahe bei der Begrüßung, als sie in das zarte, kindlich schmal gewordene Gesicht mit den übergroßen Augen blickte, deren Ausruck etwas Ueberirdisches anhaftete.

Von der Frau Pfarrer hatte Astrid erfahren, daß ein Ausgleiten und Fallen auf der vom Schnee glatten Dorfstraße der jungen Frau eine liebe Hoffnung zerstört und sie seit der Zeit zu einer schwer leidenden gemacht hatte.

Frau Herma lag mehr als sie saß in einem bequemen Sessel am Fenster, vor dem blühende Blumen standen.

Ein trauliches Behagen lag über dem Raum, den eine sinnige, geschmackvolle Frauenhand geordnet hatte.

„Wie lieb, Fräulein Vennehren, daß sie an mich gedacht haben! Nun müssen Sie mir ein Stündchen schenken und von dem Wunderland Aegypten erzählen! — Komtesse Sanna hat mir auch schon mancherlei aus Ihren Briefen vorgelesen. Sie hat sich überhaupt so selbstlos und aufopfernd um mich gekümmert und hat im Verein mit der Frau Pfarrer nach meinem Mann gesehen, damit ihm nichts abging" — zärtlich strich sie über Sannas Hand — „und vorgelesen hat sie mir, während ich solange im Bett bleiben mußte, ja wenn ich Komtesse Sanna nicht gehabt hätte!"

Sanna senkte beinahe schuldbewußt den hübschen Kopf. Verdiente sie ein solches Lob ihrer Selbstlosigkeit? Hatte sie es nicht mehr um eines anderen Willen getan, dem sie im Hause der Schwester zu sehen hoffte?

Und diese Hoffnung war ihr auch in Erfüllung gegangen. Er besuchte, so oft es seine Zeit erlaubte, die kranke Schwester, und ein freudiges und dankbares Aufleuchten seiner braunen Augen, ein inniger Händedruck lohnten ihre Freundlichkeit.

Und ohne sich ein Wort gesagt zu haben, wußten die beiden jungen Menschenkinder, daß sie einander gut waren! — — —

„Frau Doktor, ich habe einen Gedanken, ich werde uns einen Tee richten zu Mamsell Huldas guten Kuchen — dabei plaudert es sich doppelt gemütlich!" sagte Sanna. „Du hast doch heut nichts zu versäumen, Astrid?"

Schnell war der Teetisch geordnet; Sanna wußte schon Bescheid im Doktorhause.

(Fortsetzung folgt.)

lehe stellten und sie hoffentlich auch bei der nächsten wieder stellen werden. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Trimborn (Zentr.):

Das Friedensbedürfnis wächst in allen Ländern zusehends. Dem Kaiser danken wir für seine Friedensbereitschaft. Leider sind die Bemühungen des Papstes ohne Erfolg gewesen. Dem Reichskanzler stimmen wir dahin zu, daß die vier Wilsonschen Grundsätze eine Grundlage für ein Einvernehmen bilden, daß keine Annexionen eintreten sollen und daß Belgien nicht wieder der Schauplatz kriegerischer Machenschaften werden darf, von uns aber nicht behalten werden soll. Die frohe Botschaft von gestern zeigt, daß unsere Delegierten in Brest-Litowsk zur rechten Zeit energische Töne gefunden hat. Wichtig dabei ist, daß hinter der Delegation ein schlagfertiges Heer steht. Die Bildung der Ukraine ist ein Ruhmesblatt Deutschlands. Das Wort der deutschen Treue bleibt bestehen. (Bravo!) Wir begrüßen unseren früheren langjährigen Kollegen v. Payer in seinem neuen Amte. Seine gestrigen Ausführungen haben ihn ebenfalls in erfreulicher Frische gezeigt. (Heiterkeit.) Wir streben einen Parlamentarismus an, wie er der deutschen Eigenart entspricht. Die Kriegslage ist glücklicherweise günstig und im Inneren werden wir bei guter Rationierung auskommen. Der Landwirtschaft gebührt unser voller Dank. Das glänzende Gesamtbild unseres Heeres zu Lande, zu Wasser unter Wasser und in der Luft und unserer Heimarbeit wird nicht zerstört durch den bedauerlichen Streik, der glücklicherweise an dem gesunden vaterländischen Sinn der Arbeiterschaft gescheitert ist. Der Streik war ein Treubruch gegen unsere braven Truppen im Feld. Die sozialdemokratische Mehrheitspartei hat ihn nicht hervorgerufen. Die unabhängigen Sozialdemokraten streiken für den Krieg und lehnen den ersten Friedensvertrag ab. Unsere Forderung, dem Kriegsamt eine selbständige Stellung zu geben, ist nicht erfüllt worden. Dem Mittelstand muß möglichste Förderung zuteil werden. Die Beamten haben unter dem Kriege besonders gelitten und müßten durch besondere staatliche Fürsorge belohnt werden. Für die Bestätigung der religiösen Orden muß es heißen: Freie Bahn den Tüchtigen. Wir hoffen, daß die Wahlreform bald zu einem guten Ende kommen wird. (Beifall im Zentrum.)

Unterstaatssekretär von dem Bussche:

Von verschiedenen Seiten ist der Wunsch geäußert worden, das Ultimatum kennen zu lernen, das von den russischen Delegierten angenommen worden ist. Ich erlaube mir, dieses

Ultimatum

bekannt zu geben. Es lautet:

Deutschland ist bereit, unter folgenden Bedingungen mit Rußland die Verhandlungen wieder aufzunehmen und Frieden zu schließen:

1. Das Deutsche Reich und Rußland erklären die Beendigung des Kriegszustandes. Beide Nationen sind entschlossen, fortan in Frieden und Freundschaft zu leben.

2. Die Gebiete, die westlich der den russischen Vertretern in Brest-Litowsk mitgeteilten Linie liegen und zum Russischen Reich gehört haben, werden der territorialen Hoheit Rußlands nicht mehr unterstehen. Die Linie ist in Gegend Dünaburg bis zur Ostgrenze Kurlands zu verlängern. Aus der ehemaligen Zugehörigkeit dieser Gebiete zum Russischen Reiche werden ihnen keinerlei Verpflichtungen gegenüber Rußland erwachsen. Rußland verzichtet auf jede Einmischung in die inneren Verhältnisse der Gebiete. Deutschland und Oesterreich-Ungarn beabsichtigen, das künftige Schicksal der Gebiete im Benehmen mit deren Bevölkerung zu bestimmen. Deutschland ist bereit, sowie der allgemeine Friede beschlossen ist und die russische Demobilisierung vollkommen durchgeführt ist, das Gebiet östlich der oben genannten Linie zu räumen, soweit sich nicht aus Art. 3 etwas anderes ergibt.

3. Livland und Esthland werden von russischen Truppen und Roter Garde unverzüglich geräumt und von deutscher Polizeimacht besetzt, bis andere Einrichtungen die Sicherheit des Landes gewährleisten. Alle aus politischen Gründen verhafteten Landesbewohner sind sofort freizulassen.

4. Rußland schließt sofort Frieden mit der ukrainischen Volksrepublik. Ukraine und Finnland werden ohne jeden Verzug von russischen Truppen und Roter Garde geräumt.

5. Rußland wird alles in seinen Kräften Stehende tun, um alsbald die ordnungsmäßige Uebergabe der ostanatolischen Provinzen an die Türkei sicherzustellen und erkennt die Abschaffung der Kapitulationen an.

6a. Die völlige Demobilmachung des russischen Heeres einschließlich der von der jetzigen Regierung neugebildeten Heeresteile ist unverzüglich durchzuführen.

6b. Die russischen Kriegsschiffe im Schwarzen Meere, in der Ostsee und im Eismeer sind in russische Häfen zu überführen und dort bis zum allgemeinen Friedensschluß zu belassen oder sofort zu desarmieren. Kriegsschiffe der Entente im russischen Machtbereich sind wie russische Kriegsschiffe zu behandeln.

6c. Die Handelsschiffahrt im Schwarzen Meer und in der Ostsee wird wieder aufgenommen, die im Waffenstillstandsvertrag vorgesehen worden war. Das Minenräumen hat sofort zu beginnen. Das Sperrgebiet im Eismeer bleibt bis zum allgemeinen Friedensschluß bestehen.

7. Der deutsch-russische Handelsvertrag von 1904 tritt wie in Art. 7 Ziffer 2A des Friedens mit der Ukraine wieder in Kraft unter Wegfall des im Art. 11 Ziff. 3 Abs. 3 des Handelsvertrages vorgesehenen besonderen Vergünstigung für asiatische Länder. Ferner wird der ganze erste Teil des Schlußprotokolls wieder hergestellt. Dazu kommen Sicherheiten der Ausfuhrfreiheit und Ausfuhrzollfreiheit für Erze, alsbaldige Verhandlungen über Abschluß eines neuen Handelsvertrages, Sicherung der Meistbegünstigung bis mindestens Ende 1925, auch für den Fall der Kündigung des Provisoriums, endlich Bestimmungen entsprechend Art. 7 Ziff. 3, 4 A Abs. 1 und Ziff. 5 des Friedensvertrages mit der Ukraine.

8. Die rechtspolitischen Angelegenheiten werden geregelt auf Grundlage des russischen Vorschlages. Rußland wird deutsche Kommissionen zum Schutze deutscher Kriegsgefangener, Zivilpersonen und Rückwanderer zulassen und nach Kräften unterstützen.

9. Rußland verpflichtet sich, jegliche amtliche oder amtlich unterstützte Agitation oder Propaganda gegen die vier verbündeten Regierungen und ihre Staats- und Heereseinrichtungen auch in den von den Zentralmächten besetzten Gebieten einzustellen.

10. Vorstehende Bedingungen sind binnen 48 Stunden anzunehmen. Rußlands Bevollmächtigte haben sich unverzüglich nach Brest-Litowsk zu begeben und binnen drei Tagen den Frieden zu unterzeichnen, der innerhalb weiterer zwei Wochen ratifiziert sein muß. (Lebhafter Beifall bei den bürgerlichen Parteien. Zischen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die russische Delegation, zu der auch Herr Trotzki und Herr von Joffe gehören sollen, ist bereits von Petersburg abgereist. Sie hat aber einen unfreiwilligen Aufenthalt erlitten nördlich von Pekow dadurch, daß dort eine Brücke gesprengt worden ist. Sie werden aber im Laufe dieser Nacht oder im Laufe des morgigen Tages in Brest-Litowsk eintreffen. In Brest-Litowsk ist die deutsche und österreichisch-ungarische Delegation bereits versammelt. Die türkische und bulgarische Delegation werden im Laufe des heutigen Tages dort eintreffen. (Lebhafter Beifall bei den bürgerlichen Parteien, Zischen bei den unabhängigen Sozialdemokraten).

Abg. Scheidemann (Soz.):

Was jetzt aus Rußland geworden ist, entspricht nicht der Absicht der deutschen Sozialdemokratie. Wir kämpfen für die Verteidigung unseres Landes, aber nicht um die Zerstörung Rußlands. Die Losreißung der Randvölker von Rußland scheint unvermeidlich. Dabei wird aber Deutschland nicht genützt. Schaffen wir nicht Zustände, die eine Revanchestimmung gegen uns erzeugen! Auch im Westen einen bedingungslosen Frieden zu erzwingen, wäre für Deutschland in jedem Falle gefährlich. Unsere letzten Freundschaften im Auslande gehen verloren. Die Homburger Rede war unangebracht. In dieser Zeit muß jedes Wort von autoritativer Seite auf die Wagschale gelegt werden. Man höre mit dem törichten Gerede auf, der Streik sei mit ausländischem Gelde gemacht worden. Eine schamlose Lüge ist es, daß dem Streike landesverräterische Absichten zu Grunde liegen. Munitionsnot bestand nicht. Man sagt sogar, Ludendorff hamstere Granaten. Eine Fabrikationsnotwendigkeit bestand nicht. Dazu kam, daß wegen Kohlenmangels Feierschichten eingelegt werden mußten. Den Arbeitern war nicht wie der Vaterlandspartei Versammlungsfreiheit gegeben. So wurden sie auf die Straße getrieben und mit der Waffe behandelt. Hätte Staatssekretär Wallraf die Arbeiter empfangen, so hätte er drei bis vier Tage des Streiks gerettet und Hunderte von braven Arbeitern vor langjähriger Zuchthausstrafe bewahrt. In Köln wurden die Arbeiter sofort empfangen. Mein Genosse Ebert und ich wurden, als wir in den Aktionsausschuß eintraten, mit Gefängnis bedroht. In München wurde dem gleichhandelnden Genossen von dem Nachfolger des Grafen Hertling öffentlich in der Kammer der Dank ausgesprochen. Durch Gewaltmaßnahmen wird der Streik nur verlängert und vertieft. Zeigen Sie den Arbeitern, daß Sie sie nicht mit der Peitsche behandeln. Wenn Herr v. Oldenburg wünscht, daß von Deutschen auf Deutsche geschossen wird, so erkläre ich einen solchen Mann, der das wünscht, für den Auswurf des deutschen Volkes. Der Kampf um das gleiche Wahlrecht in Preußen darf nicht schwächer werden. Wir freuen uns des Programms des Herrn v. Payer. Das deutsche Volk steht hinter ihm. Wir vertrauen, daß das deutsche Volk freier aus diesem ungeheuren Ringen hervorgehen wird. Wir verfolgen dieses Ziel in dem Bewußtsein: Die Zukunft gehört der Demokratie, den Arbeitern und dem Sozialismus! (Beifall bei den Sozialdemokraten!)

Staatssekretär Wallraf:

Der Vorredner hat scharfe Worte gegen meine Person gerichtet. Es wird so dargestellt, als ob der Streik aus der Unzufriedenheit geboren wurde. Herr von Payer hat bereits ausgeführt, daß die angegebenen Ziele nicht erreicht werden konnten. Auch der Kohlenmangel ist kein stichhaltiger Grund. Die Anfänge der ausländischen Streikpropaganda reichen auf ein in Zürich gedrucktes Flugblatt aus dem Jahre 1914 zurück. Er wurde gefordert durch Funksprüche der Bolschewisten, deren Agitation gleichzeitig mit dem Waffenstillstand einsetzte. Daß auch die Entente in gleichem Sinne agitiert hat, steht aktenmäßig fest. Das Ausland wußte von dem Streik, als er noch gar nicht bestand. (Unruhe. Sehr richtig!) Der sozialdemokratischen Partei gereicht es zum Verdienste, daß sie sich ursprünglich dem Streik ferngehalten hat. Ich wäre bereit gewesen, die Arbeiter zu empfangen, nicht aber die Streikenden, weil es sich um hochpolitische Forderungen handelte und man einen Druck auf die Regierung ausüben wollte. Wenn Mißstimmung entstanden ist, so bedaure ich es, bin aber nicht schuld daran. Ich freue mich, daß Herr Scheidemann von den Bolschewisten abgerückt ist. Mit Schlagwörtern, wie „Hungerfrieden", sollte man recht vorsichtig sein. Ich kenne auch scharfe Worte, aber ich brauche sie nicht, weil sie nicht zur Einigkeit beitragen würden. Im Osten kommt der Friede, im Westen stehen unsere Truppen unerschüttert. Wir sind nahe am Ziele, deshalb müssen wir eng zusammenstehen. Deutschland ist die Wiege der Sozialpolitik und es wird auch neuen Gedanken Gestalt geben und sie nach deutscher Art friedlich zur Lösung bringen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. v. Heydebrand und der Lahsa (Kons.):

Wir sind mit den Ausführungen des Staatssekretärs durchaus zufrieden. Nichts anderes als ein einfacher Landesverrat hat den Streik angestiftet. Er war beeinflußt von ausländischen Agenten und getragen von dem Einfluß der deutschen Sozialdemokratie. (Rufe: Unsinn! Abg. Ledebour wird wegen des Zurufes zur Ordnung gerufen.) Die Mitteilungen des Reichskanzlers über die Friedensaussichten mit Rußland hat uns allen ein tiefes Aufatmen gebracht. Sie hat uns von einem Druck befreit. Das russische Millionenheer war bedeutungsvoller, als man gemeinhin angenommen hat. Daß wir ihm widerstehen konnten, ist geradezu ein Wunder. Mit den Friedensbedingungen sind wir ebenfalls einverstanden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das glauben wir!) England wird weichen, wenn es sich einer unbedingten Macht gegenübersieht. Das wird unser Heer und unsere Flotte schon besorgen. (Bravo!) Zu dem Programm des Vizekanzlers brauche ich mich nicht zu äußern. Es entspricht dem des Reichskanzlers. Seine Ausführungen haben aber das Vertrauen zwischen Volksvertretung und Regierung nicht gestärkt. Es war eine parteipolitische Rede voller Einseitigkeit, so daß man den Nachteil des parlamentarischen Systems gut erkennen konnte. Er ist doch sonst ein besonnener Mann. Die Besonnenheit ist ihm wohl beim schnellen Aufstieg zum Vizekanzler verloren gegangen. Das preußische Wahlrecht ist eine rein preußische Angelegenheit. Die Württemberger, Bayern und Badener würden sich eine Einmischung auch verbitten. Unser Kriegsziel liegt im Interesse des Reiches. Wie kann man uns da auf einen Boden stellen mit den Unabhängigen Sozialdemokraten. (Zuruf Ledebour: Ist eine Ehre für Sie!) So etwas muß die Gemüter erhitzen, zumal bei uns gerade mancher sitzt, der sein Lebenlang seinem Vaterland treu gedient hat. Solche Vorwürfe kann man nicht auf sich sitzen lassen, da muß man sich wehren. (Zuruf Ledebour: Das machen wir auch!) Wir wollen die Kriegslast ruhig tragen bis zum wahren Frieden, der der Opfer wert ist.

Reichskanzler Graf Hertling:

Ich gehe auf den versöhnlichen Ton zum Schlusse der Rede des Abg. v. Heydebrand ein. Die Stimmung am Schlusse der gestrigen Rede des Herrn Vizekanzlers war nicht vollkommen berechtigt. Wenn Sie die Rede nochmals in Ruhe lesen, so werden Sie finden, daß sie nicht richtig bei der Unruhe des Hauses verstanden worden ist. Er hat zwischen den Streikenden und Ihnen (nach rechts) einen Strich gezogen, und für das preußische Wahlrecht keineswegs die Kompetenzen des Reiches beansprucht. Wir wollen nichts anderes, als eine Politik, die unser deutsches Land einheitlich zusammenhält. Bitte, helfen Sie uns auf allen Seiten dazu. Begraben Sie, was hinter uns liegt, damit wir einheitlich beieinander stehen. (Lebhafter Beifall.)

Darauf wird die Weiterberatung auf morgen vormittag 11 Uhr vertagt.

Schluß gegen 6 Uhr.

Die preußische Wahlreform.

Eine nationalliberale Stimme aus dem Elsaß.

Die „Straßburger Post" veröffentlicht das folgende Schreiben, das Unterstaatssekretär a. D. Wirkl. Geh. Rat Dr. Petri an die nationalliberale Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses gerichtet hat:

Straßburg, 21. Febr.

Sehr geehrte Herren und Parteifreunde! Die mir stets teuer gebliebene Erinnerung an die Zeit, wo ich vor Jahren als erster Elsaß-Lothringer mich mit jugendlicher Begeisterung der nationalliberalen Reichstagsfraktion anschloß, gibt mir den Mut, in dieser feierlich ernsten Stunde, welche das Herannahen schicksalsschwerer Entscheidungen sowohl in der Heimat als draußen auf der blutigen Wahlstatt bekundet, aus der alten freien Reichsstadt die Stimme zu erheben und an Sie die dringende Bitte zu richten, einmütig und mit allem Nachdruck für das allgemeine gleiche Wahlrecht zum preußischen Landtag einzutreten. Mit Recht haben unsere Gesinnungsgenossen der Zweiten Kammer des Badischen Landtags in dem an Sie ergangenen Appell hervorgehoben, daß diese Frage eine einschneidende Bedeutung für die ganze Nation gewonnen hat. Mit voller Ueberzeugung schließe ich mich der Auffassung an, daß nur durch die Durchführung der uneingeschränkten, dem Sinn und Wortlaute der kaiserlichen Botschaft entsprechenden Wahlrechtsgleichheit das Reich vor weiteren inneren Erschütterungen bewahrt bleiben wird, die dreifach verhängnisvoll wären in dem Augenblick, da das Vaterland des einmütigen restlosen Zusammenwirkens aller seiner Söhne bedarf, um die letzten Schläge gegen unsere Feinde zu führen und den endgültigen Sieg an unsere Fahnen zu heften.

Wie alles in der Welt, hat auch das allgemeine gleiche Wahlrecht seine Schattenseiten; jedes andere Wahlsystem weist aber noch größere Schattenseiten auf. Jedenfalls ist die Gewährung des allgemeinen gleichen Wahlrechts ein unabweisbares Gebot der Zeit. Mögen alle berufenen Stellen dieses Gebot hören und beherzigen, bevor es zu spät ist!

Mit deutschem Gruß aus der Westmark des Reiches und in alter Treue

Ihr ergebenster
Dr. E. Petri, Unterstaatssekretär a. D.

Fliegerangriff auf Venedig.

)(**Rom**, 25. Febr. (Agenzia Stefani.) Am Montag abend gab eine amtliche Note folgendes bekannt: Bei einem Vorstoß in der letzten Nacht warfen feindliche Flieger 27 Bomben auf Venedig, 30 auf Mestre und 5 auf Castelfranco. In Venedig wurden 8 Personen getötet und 9 verletzt, in Mestre 3 Personen getötet. Die Opfer waren sämtliche Zivilpersonen. Leichter Schaden wurde an Gebäuden und sonstigem Privateigentum angerichtet.

O **Berlin**, 26. Febr. Aus Lugano wird dem „Berliner Lokalanz." mitgeteilt: Zu dem gemeldeten Fliegerangriff auf Venedig in der Nacht vom 21. Februar schreibt die „Gazetta di Venetia", daß der Palast Moconigo, der 1868 Byron beherbergte, getroffen worden sei. Mehrere Bomben sollen in der Nähe der Kunstakademie und in der Nähe des Palastes Tiepolo niedergefallen sein. In den Palästen Razzonico und Giustianici, wo Wagner einst wohnte, wurden sämtliche Fenster zerstört.

Oberst Egli über die militärische Lage.

Der bekannte Schweizer Militär-Berichterstatter, Oberst Egli, sagt in Nr. 90 der „Basler Nachrichten" vom 22. ds. Mts. folgendes:

Um die Lage einigermaßen sachgemäß zu beurteilen, ist es zweckmäßig, sich vorzustellen, was geschehen würde, wenn z. B. Deutschland nach dem neuen russischen Verfahren einseitig den Kriegszustand für beendet erklärte und unter dem Vorwande der Demobilisation eine neue Armee aufstellen wollte und dabei im Landesinnern gewaltsam und grausam jede andere Meinung unterdrückte, die nicht die der derzeitigen Machthaber ist. Kein einziges der mit Deutschland im Kriege befindlichen Heere würde zögern, den Vormarsch anzutreten, und im Reiche einzurücken. Die Bolschewiki-Regierung hat noch keinen Augenblick den Willen nach einem ehrlichen Frieden gezeigt, sondern erstrebt auch heute noch den Umsturz nicht nur in Deutschland und Oesterreich-Ungarn, sondern in ganz Europa und der ganzen Welt. Hätte Trotzki in Brest-Litowsk den Friedensvertrag unterzeichnet, so wäre es doch nur ein Scheinfrieden gewesen, und Deutschland hätte nach wie vor seine Ostfront militärisch sichern müssen, nur wäre dieser Zustand eines dauernd bewaffneten Friedens viel weniger erträglich gewesen, als die offene Feindschaft. Würde das deutsche Heer den russischen Randvölkern nicht helfen, so müßten diese gegen die Vergewaltigungen der Bolschewiki die Hilfe einer anderen Großmacht anrufen, was die Mittelmächte militärisch und politisch nicht gleichgültig lassen könnte. Selbstverständlich ist auch, daß Deutschland mit ganzer Kraft der Propaganda der Bolschewiki im eigenen Heere und Volke entgegentritt.

Die englische Angst vor einer deutschen Landung.

Die „Morning Post" veröffentlicht einen Artikel des Obersten Repington, der angesichts der Ernennung seines Gönners Robertson zum Befehlshaber Ostenglands erhöhte Bedeutung gewinnt. Repington lenkt darin die Aufmerksamkeit auf die nach seiner Meinung drohende Gefahr einer deutschen Landung. Schon im Jahre 1907 und wieder 1913 hätten Feldmarschall Lord Roberts und er selbst diese Frage studiert und zur Sprache gebracht, und 1909 hätte Asquith verkündet, daß man Maßregeln gegen ein etwaiges Landungsheer von 70 000 Mann getroffen habe. Die Untersuchung im Jahre 1913 sei durch den Krieg unterbrochen worden, aber nach seiner Ueberzeugung müsse man nach den neuen Erfahrungen mit einem Heere von mindestens derselben Stärke rechnen. Es seien freilich weit über 600 000 Mann in Uniform heute auf den englischen Inseln, aber wenn man davon die Kranken und Verwundeten, die in den Verwaltungen Beschäftigten, die Garnisonen in den Häfen und anderswo, sowie endlich die Rekruten an den Uebungsplätzen abziehe, bleibe nicht viel mehr übrig. Deutschland habe zweifellos genaue Pläne für eine Landung in England vorbereitet und jetzt, wo zum ersten Male nicht nur sein Heer, sondern auch seine Flotte keinen Zweifrontenkrieg mehr zu führen habe, sei zweifellos die Neigung zu einem Angriff auf das englische Mutterland bei ihm gewaltig gestiegen. Wenn es allein auf die Zahl ankäme, müsse ein solcher Angriff natürlich fehlschlagen, aber gerade dieser Krieg habe gezeigt, daß einzelne Schiffe und selbst kleine Geschwader und Flottillen die englischen Küsten angreifen und den Seeverkehr um England straflos abschneiden könnten. Ein Krieg, worin Minen, Unterseeboote und Flugzeuge eine so große Rolle spielten, sei eben ein ander Ding als frühere Kriege.

Repington erklärt, er sehe nicht ein, wenn die Deutschen eine Reihe furchtbarer Angriffe auf die Heere der Verbandsmächte im Westen beabsichtigten, warum sie da von einer Offensive zur See Abstand nehmen sollten. Auch die österreichische Flotte werde vielleicht mitwirken, und der kürzliche Ausfall der beiden deutschen Schlachtschiffe aus den Dardanellen hänge vielleicht auch mit der Sache zusammen. Die große Offensive im Westen werde die Deutschen ungeheure Verluste kosten, und es sei nicht einmal sicher, ob sie gelingen werde. Eine Landung in England würde weit kleinere Verluste mit sich bringen, und der Schaden ein Landungskorps, das bis London vorstieße, anrichten könnte, dürfte unersetzlich sein. Könnten daher die Deutschen für 24 Stunden die Meerengen beherrschen, dann könnte zweifellos eine ausreichende Truppe in England gelandet werden, natürlich mit dem Wagnis, daß sie später ihren Rückweg abgeschnitten fände. Ungefähr 70 Transportschiffe könnten im Geleitzuge fahren, um diese Truppen hinüberzuschaffen. Die Einübung des Unternehmens lasse sich im Hafen von Kiel und in der Bucht von Helgoland leicht bemerkstelligen.

Somit rät Repington, die Gefahr einer deutschen Landung als eine sehr ernste Tatsache für die nächste Zeit anzusehen. Die Abwehr kann nach seiner Meinung auf zweierlei Weise erfolgen. Entweder man umstellt die ganze Küste mit einer Sicherheitstruppe, die dann aber wegen der ungeheuern Ausdehnung dieser Küste nur sehr schwach sein und leicht durchstoßen werden könnte, oder man sammle große Reserven so an Knotenpunkten hinter der Küste, daß sie auf schnellstem Wege an die Einbruchstelle geworfen und dort den Feind vernichten könnten. In diesen Betrachtungen des englischen Militärs zeigt sich wiederum, welche unheimliche Wirkung die Furcht vor der erwarteten deutschen Offensive auf den englischen Geist ausübt. Weil man nicht weiß, wo der Feind etwa zuschlagen wird, sucht man ihn überall zu Wasser und zu Lande.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Aus dem Reich.

Von den preußischen Hochschulen.

Im Haushaltungsausschuß des preußischen Abgeordnetenhauses teilte bei der Beratung des Kultusetats der Kultusminister mit, daß die Zahl der Studierenden an sämtlichen preußischen Hochschulen zur Zeit 87 779 betrage, darunter 4104 weibliche Studierende. Sehr erheblich vermehrte sich die Zahl der weiblichen Studierenden, was dem Minister schwere Sorge mache, zumal da in dem höheren und Elementarschullehrerberufe zur Zeit schon eine erhebliche Ueberfüllung vorhanden sei. Für die Zukunft werde er nicht umhin können, eine Abmahnung vor dem weiblichen Studium ausgehen zu lassen. Schließlich wurde ein Antrag angenommen, wonach die Regierung Vorsorge treffen soll, daß an den preußischen Hochschulen möglichst schon im Winter 1918/19 wissenschaftliche Vorlesungen über Politik gehalten werden, sowie ein Antrag, wonach behufs zweckmäßiger Ausbildung praktischer Volkswirte in leitenden Stellungen die seither geeigneten Einrichtungen an den Universitäten bewahrt werden sollen, insbesondere durch praktischen Ausbau der Seminare für Nationalökonomen, unbeschadet der theoretischen Ausbildung der Studierenden.

Reichs-Holzverteilungsstelle für Fußbekleidung e. G. m. b. H.

Am 25. Januar 1918 ist in Berlin unter Beteiligung der bundesstaatlichen Regierungen, des Ueberwachungsausschusses der Schuhindustrie, der Ersatzschlengesellschaft m. b. H. und von Angehörigen der Schuhindustrie, der Holzbearbeitungs-Industrie und des Holzgroßhandels, die Reichs-Holzverteilungsstelle für Fußbekleidung e. G. m. b. H. gegründet worden. Sie hat den Zweck, Holz, das ihr von den bundesstaatlichen Regierungen zur Verfügung gestellt wird, den beteiligten Industrien zur Herstellung von Gegenständen der Fußbekleidung zur Verfügung zu stellen.

Die Genossenschaft ist ein gemeinnütziger Verein, dessen Gewinn nach Deckung der Unkosten und einer 5prozentigen Verzinsung der Einlagen der Genossen an das Deutsche Reich fließt.

Die von ihr gefaßten Beschlüsse unterliegen der Genehmigung der bundesstaatlichen Regierung des Ueberwachungsausschusses der Schuhindustrie und der Ersatzsohlengesellschaft.

An ihr beteiligen können sich Schuhwarenhersteller, die selbst Schuhwarenbestandteile aus Holz herstellen, Holzbearbeitungs-Fabrikanten, die Holz für Schuhwaren-Bestandteile verarbeiten, oder die Schuhwarenbestandteile aus Holz für die Schuhwarenherstellung und das Schuhmacher-Handwerk herstellen, Händler, die bereits vor dem 1. August 1917 auf eigene Rechnung mit Holz gehandelt haben und Holzhandels-Genossenschaften, letztere auch wenn ihre Gründung nach diesem Zeitpunkt erfolgt ist.

Um auch kleineren Betrieben die Beteiligung an der Genossenschaft zu ermöglichen, ist der Geschäftsanteil auf 200 ℳ (die Haftsumme auf 2000 ℳ) festgesetzt.

Die Geschäftsstelle liegt provisorisch in den Händen der Rechtsanwälte Dr. Kolck, Berlin, und Dr. Theodor Schanzer, München.

Die Geschäftsstelle der Genossenschaft befindet sich in München, zunächst Karlsplatz 8/III, wohin bis auf weiteres auch Anfragen zu richten sind.

Badische Politik.

Die Ersatzwahl zum Reichstag im 14. badischen Wahlkreis.

Der Reichstagsabgeordnete für den 14. badischen Wahlkreis (Amtsbezirke Buchen, Wertheim, Tauberbischofsheim, Boxberg und Adelsheim, sowie vom Amtsbezirk Eberbach die Gemeinde Reisenbach), Landgerichtspräsident Dr. Johann Anton Zehnter in Heidelberg, ist zum Oberlandesgerichtspräsidenten ernannt worden. Durch den inzwischen erfolgten Dienstantritt ist gemäß Artikel 21 Abs. 2 der Reichsverfassung Sitz und Stimme im Reichstag verloren. Es fällt daher die Vornahme einer Ersatzwahl für den genannten Wahlkreis nötig. Der Wahltag ist auf Donnerstag, den 18. April 1918 festgesetzt. — Da Dr. Zehnter wieder als Kandidat aufgestellt worden ist und die Wahl im Zeichen des Burgfriedens erfolgt, ist die Wiederwahl Zehnters gesichert.

*

BC. Karlsruhe, 26. Febr. Am Sonntag fand hier eine Zusammenkunft von Stadträten und Stadtverordneten der Fortschrittlichen Volkspartei statt zur Beratung der Reform der Städteordnung. Die Berichte darüber erstatteten Dr. Leser-Heidelberg und Rechtsanwalt Vortisch-Lörrach. In den wesentlichen Punkten der Reform konnte Einmütigkeit der Versammelten festgestellt werden, so insbesondere darüber, daß die Selbstverwaltung zu wahren und zu stärken und das Wahlrecht zu demokratisieren ist.

BC. Heidelberg, 26. Febr. Die hiesige Ortsgruppe des „Volksbundes für Freiheit und Vaterland" hat nach einer Versammlung folgende Entschließung an den Reichstagsabg. Dr. Rießer gesandt: Versammlung des Volksbundes für Freiheit und Vaterland, Ortsgruppe Heidelberg, richtet an den Reichstagsabgeordneten von Heidelberg, Geh. Justizrat Dr. Rießer in Berlin, die dringende Bitte, bei den der nationalliberalen Partei angehörigen Mitgliedern des preußischen Abgeordnetenhauses mit aller Energie mit seinen Reichstagskollegen dahin zu wirken, daß sie für ein allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht zum Abgeordnetenhaus in Preußen eintreten und

Aus dem Großherzogtum.

⚲ Mannheim, 26. Febr. Am gestrigen Samstag fand unter sehr großer Beteiligung die Beerdigung der Opfer des letzten Fliegerangriffes auf Mannheim, Frau Anna Walter und ihres 16 Monate alten Söhnchen Hans Walter statt. Der Mann der getöteten Frau war erst wenige Minuten vor Beginn der Beerdigung aus dem Felde hierher gekommen. Das Begräbnis fand auf Kosten der Stadtgemeinde statt, die einen prächtigen Kranz am Sarge hatte niederlegen lassen. (g. K.)

+ Sinsheim a. E., 27. Febr. Der russische Kriegsgefangene Ludin Solageszud, welcher am 25. September 1917 in Siegelsbach bei Sinsheim die Witwe Mann ermordet, sowie deren Schwiegertochter nach vorhergegangenem Sittlichkeitsverbrechen eine schwere Körperverletzung beigebracht hatte, ist vom Inspektionsgericht Kriegsgefangenenlagen (Rastatt) 1. wegen Ermordung der Witwe Mann zum Tode und 2. wegen Sittlichkeitsverbrechens und schwerer Körperverletzung in den letzten beiden Fällen zu einer Gesamtzuchthausstrafe von 12 Jahren verurteilt worden. (g. K.)

⊙ Hardheim, 25. Febr. Zur Erörterung der schwierigen Wohnungsfrage, welche durch die Errichtung der „Fränkischen Nährmittelfabrik" in Hardheim, die Hunderte von Arbeitern nach Hardheim gezogen hat, entstanden ist, fand unter dem Vorsitz von Bürgermeister Eirich hier eine stark besuchte Besprechung statt. Herr Dr. Bittel aus Karlsruhe, als Vertreter des Badischen Landeswohnungsvereins, erörterte in einem Vortrag die Wohnungsfrage während des Krieges im allgemeinen und zeigte die verschiedenen Mittel und Wege, die zur Lösung der Wohnungsfrage zu ergreifen sind. Der Redner empfahl für Hardheim die Gründung einer gemeinnützigen Baugenossenschaft, welche imstande sei, bei entsprechender finanzieller Unterstützung durch die Nährmittelfabrik und die Gemeinde die Lösung der Wohnungsfrage durch Kleinhäuser mit Gärten in die Wege zu leiten. In der dem Vortrag folgenden Aussprache sagte Direktor Hopf aus Tauberbischofsheim die Bereitstellung von ausgiebigen Mitteln für die geplante Siedlung zu und sprach die Hoffnung aus, daß eine mustergültige Heimstättensiedlung geschaffen werde. Oberamtmann Billmaier aus Buchen empfahl möglichst rasch die Vorarbeiten aufzunehmen. Die Gemeinde sagte jegliche Mithilfe zu dem vom Landeswohnungsverein vorgeschlagenen Plane zu, um in Hardheim die Wohnungsfrage in mustergültiger Weise durch Kleinhäuser mit Gärten zu lösen.

⚲ Pforzheim, 26. Febr. Der Bürgerausschuß beschloß die Vornahme eines außerordentlichen Holzhiebes von 500 Festmetern. Der Erlös mit etwa 15 000 ℳ soll in Kriegsanleihe angelegt werden.

⚭ Ispringen bei Pforzheim, 26. Febr. Die Eheleute Kirchengemeinderat Johann Georg Eichholz begingen das Fest der goldenen Hochzeit.

⧉ Rastatt, 26. Febr. Wie das „Rastatter Tagblatt" erfährt, hat Oberstleutnant Teschner den Orden Pour le mérite erhalten. Oberstleutnant Teschner führte das 7. badische Infanterie-Regiment Nr. 142. Er hat im Kriege einen Arm verloren, kehrte aber, kaum wieder hergestellt, zu seinem alten Regiment an die Front zurück.

Aus der Residenz.

* Karlsruhe, 27. Februar 1918.

= **Beschlagnahmte Metalle und Gummi aller Art** werden von der städt. Metallstelle immer noch gegen Bezahlung angenommen. Wer entbehrliche Gegenstände oder Abfälle aus Gummi oder aus Kupfer, Messing, Reinnickel, Zinn, Zink, Aluminium, Blei (auch Staniol aus diesen Metallen), besitzt, führe sie sofort der Heeresverwaltung zu, deren Bedarf an Metall und Gummi auch jetzt noch dringend ist. Auch die kleinsten Metall- und Gummistücke werden angenommen. Man vergesse auch nicht, entbehrlich gewordene Konservenbüchsen und sonstige Geräte, die wenigstens zum Teil aus Weißblech bestehen, abzuliefern. Sehr erwünscht ist auch die Ablieferung von Platin-Brennstiften und sonstigen Platin-Gegenständen (für das Gramm Platin wird 8 ℳ bezahlt). Die städt. Annahmestelle für Metall und Gummi (Karlstraße 30) ist werktäglich geöffnet von 8—½1 Uhr und ½3—6 Uhr.

Na. **Stadtgarten-Jahreskarten.** Wie aus einer Bekanntmachung des städtischen Gartenamtes in den Tageszeitungen zu ersehen ist, können die Jahreskarten für den Stadtgarten, gültig für die Zeit vom 1. April 1918 bis 31. März 1919 jetzt schon bezogen werden. Mit der Ausfertigung der Jahreskarten wurde diesmal so früh begonnen, damit bis zum 1. April alle Anträge erledigt werden können. Da die Eintrittskarten für den einmaligen Besuch des Stadtgartens etwas erhöht werden mußten, und die Kartenhefte für einen mehrmaligen Besuch in Wegfall gekommen sind, kann den Stadtgartenbesuchern die Erwerbung von Jahreskarten im eigensten Interesse empfohlen werden. Durch die Jahreskarte ist es den Besuchern des Stadtgartens ermöglicht, auf die billigste Art und Weise die reichlich wechselnden Naturschönheiten unseres schönsten städtischen Erholungsortes zu genießen. Dank der Opferfreudigkeit mehrerer Mitbürger wird unser Stadtgarten in nächster Zeit einen weiteren Ausbau seiner künstlerischen Schmuckes erfahren, durch den die Sehenswürdigkeiten unseres Stadtgartens eine weitere Bereicherung erhalten. Daß unser Stadtgarten mit seinem Reichtum an schattenspendenden Bäumen und duftenden Blumen und Sträuchern sich zur Erholung für Groß und Klein und zur Kräftigung der Gesundheit sich besonders gut eignet, braucht ja wohl nicht besonders betont zu werden. Trotz der bedeutend angewachsenen Unkosten für die Ausgestaltung und Instandhaltung des Stadtgartens ist der Preis für die Jahreskarten nicht wesentlich erhöht worden. Eine Hauptkarte, deren Besitz zur Lösung einer oder mehrerer Beikarten berechtigt, kostet nur 6 ℳ, eine Beikarte oder eine Schülerkarte nur 3 ℳ. Zur Lösung von Jahreskarten ist es nötig, bei einem der beiden Einnehmer am nördlichen oder südlichen Eingang einen Bestellschein zu entnehmen und auszufüllen. Nach Rückgabe der Bestellscheine werden die Karten in der Reihenfolge des Einlaufs der Bestellungen ausgefertigt. Die Karten können nur bei dem Einnehmer eingelöst werden, bei dem der Bestellschein abgegeben wurde. Schülerkarten werden nur nach Vorlage eines Ausweises des Klassenlehrers ausgegeben.

= **Fahrplanänderungen.** Die gegenwärtig regelmäßig verkehrenden, für den allgemeinen Personenverkehr zugelassenen Bedarfsmilitärurlauberschnellzüge U 33 Metz—Würzburg, Mannheim ab 9,41 Vorm., U 32 Würzburg—Metz, Würzburg ab 4,50 Nachm., U 189 Straßburg—Frankfurt a. M., Mannheim ab 9,47 Nachm., U 190 Frankfurt a. M.—Straßburg, Frankfurt a. M. ab 12,00 Nachts werden bis auf weiteres eingestellt. Die Züge U 32, U 33 und U 189 verkehren letztmals am 27. Februar, der Zug U 190 verkehrt letztmals in der Nacht vom 27./28. Februar.

= **Die badische Gefangenenfürsorge** schreibt uns: Bei den gegenwärtigen Verhältnissen sowohl in Großrußland wie in der Ukraine müssen alle Versendungen an Geld und Paketen vorläufig eingestellt werden. Auch die großen Zentralen für Gefangenenfürsorge, wie Frankfurt, Hamburg, nehmen keine Anträge mehr an. Sobald eine Aenderung in diesen Verhältnissen eintritt, wird in geeigneter Weise darauf aufmerksam gemacht.

= **Essek-Abend.** Es wird uns geschrieben: Wir wollen nicht versäumen, auf den am Donnerstag den 28. d. M. stattfindenden Abend von Herrn Hofschauspieler Essek hiermit hinzuweisen. Gleichzeitig wollen wir mitteilen, daß der Abend technischer Schwierigkeiten wegen im großen Museumssaale stattfindet und nicht im städt. Konzerthaus. Karten zu 4, 3, 2 und 1 ℳ sind in der Musikalienhandlung Fritz Müller, Kaiserstraße, Ecke Waldstraße, sowie an der Abendkasse im Museumssaale zu haben.

= **Das Residenz-Theater, Waldstraße,** zeigt Mittwoch bis einschl. Freitag den 3. Richard Oswald Film der Serie 1917/18, ein Gesellschaftsdrama in 4 Akten nach dem Roman von E. Marlitt „Die zweite Frau" mit Alexander von Antalffy, Leo Connard, Eva Speyer, Ernst Deutsch und Ilse von Tassow in den Hauptrollen. — „Der Tugendbund", Lustspiel in 3 Akten, dargestellt von Alfred Bolz, Grete Hoffmann, Lia Ley, Kurt Vespermann und Gustav Commer. — „Die Fabrikation von Förderseilen für Bergwerke" ist eine interessante Aufnahme, ebenso „Die Friedensverhandlungen mit Ukraine", eine Ausgabe des Bild- und Filmamts Berlin. Ab kommenden Samstag die große Aktualität „U-Boote heraus" (U-Boot 178 gegen den Feind), gestellt vom Bild- und Filmamt-Berlin. — Sodann „Gräfin Küchenfee" mit Henni Porten in der Hauptrolle.

Letzte Drahtberichte.

)(Berlin, 27. Febr. Das „Berl. Tagebl." meldet aus Posen: Für eine am 15. Februar in Czenstochau gehaltene Rede wurde ein gewisser Jarkulowicz zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Der Militärgouverneur hat das Urteil bestätigt.

WTB. Washington, 27. Febr. Präsident Wilson hat Wasserkraftanlagen im Staate Alabama genehmigt, um Stickstoff aus der Luft zur Herstellung von Munition und Düngemitteln zu gewinnen.

Die italienische Grenzsperre.

WTB. Bern, 27. Febr. Die italienische Grenze ist seit gestern früh wieder geöffnet.

Die italienische Getreideversorgung.

WTB. Bern, 27. Febr. Wie der „Secolo" meldet, wird der italienische Versorgungsminister Crespi Ende dieses Monats sich abermals nach London begeben, um über die Frage der Getreideversorgung Italiens zu verhandeln.

Schiffs-Unglück.

WTB. Stockholm, 27. Febr. (Amtlich.) „Tineta", einer der schwedischen Dampfer der Rettungsexpedition in Finnland wurde gestern Vormittag vom Eis gebrochen und sank. Passagiere und Besatzung konnten an Bord der anderen Schiffe gerettet werden. Das Unglück fand 13 Distanzminuten südwestlich Maentyluoto statt.

Die Taten des Hilfskreuzers „Wolf".

)(Newyork, 25. Febr. Reuter meldet amtlich: Der deutsche Hilfskreuzer „Wolf" versenkte während seiner 15monatigen Kreuzfahrt vermutlich 11 Schiffe im Indischen und Stillen Ozean, und machte die Besatzungen zu Gefangenen. Diese Schiffe, die seit langem als vermißt gelten, sind die Dampfer „Turittella", „Jeanne", „Wordsworth", „Dea", sowie die Segelschiffe „Mairuna", „Winsow", „Beluga", „Encore", „Metuna", „Hitschi Mary" und „Igotz Mendi". Die „Turittella", die ein unbewaffnetes Handelsschiff, nicht ein Kreuzer war, wurde vom „Wolf" im Februar 1917 gekapert und eine deutsche Prisenbesatzung an Bord gebracht. Die „Turittella" wurde dann zum Minenlegen ausgerüstet, aber wenige Tage danach von einem britischen Kriegsschiff gestellt, worauf die Prisenbesatzung die „Turittella" versenkte und selbst zu Gefangenen gemacht wurde.

Die innere politische Lage in Oesterreich.

WTB. Wien, 27. Febr. Gestern nachmittag fand im Abgeordnetenhause eine gemeinsame Beratung der Vertreter der Polen, Tschechen Südslawen und Italiener über die gegenwärtige polnische Lage statt. Die Mittelpartei des Herrenhauses hielten gestern gleichfalls Beratungen ab. Wie verlautet beschloß die Verfassungspartei in der heutigen Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses eine Entschließung einzubringen, worin dem Grafen Czernin das Vertrauen ausgesprochen, und das Festhalten an dem Bündnis mit Deutschland betont wird. Die Resolution wird gemeinsam und im Einvernehmen mit der Mittelpartei des Abgeordnetenhauses eingebracht werden.

Ein sächsischer Prinz als Herzog von Litauen?

)(Leipzig, 26. Febr. Die „L. N. N." melden: In auswärtigen Blättern wird behauptet, es läge dem Bundesrat ein Antrag der sächsischen Regierung vor, die litauische Frage durch Schaffung eines selbständigen litauischen Herzogtums zu lösen, und den sächsischen Prinzen Friedrich Christian — den zweiten Sohn König Friedrich Augusts — zum Herzog von Litauen zu ernennen.

Dazu bemerkt die Schriftleitung der „L. N. N.": Aehnliche Gerüchte waren uns seit längerer Zeit bekannt, und zwar bezeichnenderweise in Verbindung mit dem betriebsamen Herrn Erzberger. Da nun auswärtige Blätter von diesen Gerüchten Kenntnis nehmen, so mag dazu gesagt werden, daß Berliner Stellen, die in erster Linie von einem solchen Antrag beim Bundesrat Kenntnis haben müßten, uns erklären, daß diese Gerüchte auf Erfindung beruhen. Es ist zu hoffen, daß das nicht nur im gegenwärtigen Augenblick, sondern ein für allemal zutrifft, denn von einer Verbindung Sachsens mit einem Herzogtum Litauen könnten wir uns weder in politischer noch in wirtschaftlicher Hinsicht etwas Ersprießliches versprechen.

Die Verhandlungen mit Rumänien.

() Berlin, 26. Febr. Ueber Budapest wird dem „Berl. Lokalanz." aus Bukarest gemeldet: Sofort nach Unterzeichnung des Friedensvertrages soll das rumänische Parlament in Bukarest zu einer Beratung zusammentreten, um den Friedensschluß zu genehmigen. Bemerkenswert ist, daß die Mitglieder des Kabinetts Averescu den Standpunkt Margilomans billigen, der in Bukarest für eine Verständigung wirkt.

Deutschland und die Abgrenzung der Ukraine.

WTB. Köln, 27. Febr. Die „Köln. Ztg." meldet aus Berlin: Bekanntlich haben die verbündeten Mächte Deutschland, Oesterreich-Ungarn, die Türkei und Bulgarien in Brest-Litowsk die Verhandlungen mit den Vertretern der Ukraine gemeinsam geführt und auch den Friedensvertrag mit der ukrainischen Volksrepublik gemeinsam geschlossen. Wenn daher Deutschland auch die volle Mitverantwortung für den Friedensvertrag übernimmt, so muß doch, um etwaigen Mißdeutungen vorzubeugen, festgestellt werden, daß es in der Frage der Abgrenzung der Ukraine insbesondere was die Zukunft des Cholmer Landes anbetrifft, irgend einen Druck auf die hieran in erster Linie interessierte österreichisch-ungarische Monarchie nicht ausgeübt hat.

Die Lage in Finnland.

WTB. Stockholm, 27. Febr. Wie „Stockholms Tedningen" aus Borg erfährt, machte der Versuch schwedischer und finnischer Soldaten, in Finnland zwischen der Roten und der Weißen Garde zu vermitteln, guten Fortschritt. Der finnische Sozialist Markus Wolff erklärte einem Mitarbeiter des Blattes, die Hauptbedingung für die Vermittelung sei, daß von den Roten Gardisten nur diejenigen, die wirkliche Gewalttaten verübt hätten, gesetzlich bestraft werden dürften. Laut „Svenska Dagbladet" sind die Weißen Gardisten, die Aaland verlassen mußten, mit dem Eingreifen auf Aaland sehr unzufrieden. Sie behaupten, es würde ihnen gelungen sein, die Russen zu vertreiben und von der Insel Besitz zu ergreifen. Sie hätten bereits drei Forts eingenommen und eine Menge Munition erbeutet. Sie selbst hätten unter der Beschießung der Russen wenig gelitten und alle Nachrichten in schwedischen Blättern über die Vorgänge auf Aaland seien falsch gewesen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

‡ Weinheim, 27. Febr. Der Aufsichtsrat der Maschinenfabrik Baden vorm. Platz Söhne hat die Verteilung einer Dividende von 10 Proz. wie im Vorjahre beschlossen.

Städt. Handels-Hochschule Cöln. Das Vorlesungs-Verzeichnis für das Sommer-Halbjahr 1918 (Beginn 15. April) ist erschienen. Es umfaßt insgesamt 120 Vorlesungen und Uebungen in 203 Wochenstunden. Auf die Volkswirtschaftslehre entfallen 25 Vorlesungen und Uebungen in 44 Wochenstunden, auf die Privatwirtschaftslehre 18 in 31 Wochenstunden, auf die Rechtslehre 12 in 19, Geographie, Naturwissenschaften und Technik 12 in 25, Versicherungs- und Genossenschaftslehre 2 in 2, Sprachen 28 in 53, Ausbildung der Handelslehrer und Handelslehrerinnen 6 in 8 und endlich auf die allgemeine Geisteswissenschaften 17 in 21 Stunden. Unter den 27 abendlichen öffentlichen Vorlesungen, die außer den Studierenden auch weiteren Kreisen Gelegenheit zur Vertiefung ihrer Allgemeinbildung bieten, verdienen u. a. besondere Beachtung die Vorlesung über die flämische Literatur des 19. und 20. Jahrhunderts sowie 5 Einzelvorträge über „Belgien in Staat und Wirtschaft", die von Mitgliedern der Verwaltung Belgiens gehalten werden.

Aus den Standesbüchern der Stadt Karlsruhe.

Todesfälle.

23. Febr.: Otto, 8 J., V. Johann Mahl, Fabrikarbeiter. — 26. Febr.: Karl Schmidle, Kaufmann, Ehemann, 50 J.; Sofie Fleig, 18 J., ledig, Fabrikarbeiterin.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Bekanntmachung.

Die Auszahlung der Kriegsunterstützungen für die **erste Hälfte des Monats März 1918** findet **nach Maßgabe der Ordnungszahl der Ausweiskarten** an folgenden Tagen statt:

O.-Z. 1 bis mit Nr. 2900	**Freitag, 1. März 1918,**
O.-Z. 2901 bis mit Nr. 5800	**Samstag, 2. März 1918,**
O.-Z. 5801 „ „ „ 8700	**Montag, 4. März 1918,**
O.-Z. 8701 „ „ „ 11 600	**Dienstag, 5. März 1918,**
O.-Z. 11601 „ Schluß	**Mittwoch, 6. März 1918,**

jeweils **vormittags von 8 bis 1/2 1 Uhr** und **nachmittags von 1/2 3 Uhr bis 6 Uhr** im **großen Rathaussaal.**

Im Interesse einer geordneten und raschen Abwicklung des Auszahlungsgeschäfts muß dringend darauf bestanden werden, daß die Bezugsberechtigten die vorgeschriebene Reihenfolge **genau** einhalten.

Karlsruhe, den 25. Februar 1918. B. 11

Das Bürgermeisteramt.

Bekanntmachung.

Die auf Grund der Verordnung des Bundesrats vom 13. April 1916 und der Verordnung Großh. Ministeriums des Innern vom 20. April 1916 **den Verkehr mit Knochen** 2c. betr. für die Stadt Karlsruhe getroffene Anordnung vom 14. Februar 1917 erhält mit sofortiger Wirkung folgende Fassung:

1) Knochen, die in Haushaltungen, Wirtschaften und Anstalten abfallen, dürfen nicht verbrannt, vergraben oder auf andere Weise vernichtet, noch unverarbeitet zu Düngezwecken verwendet werden, sondern sind so rasch als möglich an den Metzger zurückzuliefern, von dem die Haushaltungen, Wirtschaften und Anstalten Fleisch beziehen.

2) Diese Knochen werden in der im Schlachthof errichteten Knochenentfettungsanlage zur Gewinnung von Speisefett verarbeitet.

3) Das gewonnene Fett wird an die Haushaltungen, die Knochen abgeliefert haben, nach Maßgabe der abgelieferten Knochenmengen durch die Metzger verkauft.

Karlsruhe, den 22. Februar 1918. N 5

Der Stadtrat.

Museumssaal

Sonntag, den 3. März, abends 7 1/2 Uhr

Lieder-Abend von

Rosel König

Am Blüthner: **Max Rückmann.** 1245

Lieder von Brahms, Franz, Schubert, Schumann, Erich J. Wolff.

Karten zu Mk. 3.—, 2.50, 1.50 bei **Fr. Doert** Hofmusikalienhdlg., Kaiserstr., Tel. 6 8.

Kassenstunden 10—1 u. 3—5 Uhr.

Städt. Arbeitsamt

Anmeldungen von Lehrstellen

in allen Berufen

(Handwerk, Handelsgewerbe usw.)

für Knaben und Mädchen

nimmt jetzt schon für **Ostern** entgegen A 2

Städtisches Arbeitsamt

Hilfsdienst-Meldestelle Karlsruhe,

Zähringerstraße 100.

Vaterländischer Abend.

Donnerstag, den 28. Februar, abends 1/2 9 Uhr

im großen Rathaussaal

Vortrag

von Herrn Geheimrat **Häußner:**

„Was uns der Krieg lehren soll".

Eintritt frei.

Reservierte Plätze sind in der **Herderschen Buchhandlung,** Herrenstraße, zum Preise von **1 Mk.** zu haben.

Badischer Frauenverein.
Evangelische Frauenvereinigung.
Jüdischer Frauenbund.
Katholischer Frauenbund.
Nationaler Frauendienst.

1230

Ich habe mich hier in Karlsruhe als

Spezialärztin für Frauenkrankheiten

und Geburtshilfe niedergelassen.

Wohnung: Mathystrasse 35 III.

Sprechstunde: Wochentags von 10—12 Uhr.

8030 ***Dr. med. Olga Opitz.***

Kochkiste! Bevor Sie eine Kochkiste kaufen, lassen Sie sich

Eberhards „Durchhalter"

erklären, denn er bietet Ihnen die größten Vorteile. Zu haben in fast allen **Haushaltungsgeschäften** oder bei

Edmund Eberhard,

Haus- und Küchengeräte-Magazin

Ludwigsplatz 40b. 1147

Unentgeltliche

Geld- u. Paketüberweisung

an kriegs- und zivilgefangene Deutsche

besorgt der 1137

Badische Landesverein vom Roten Kreuz

Abteilung: Auskunftsstelle über Verwundete und Vermißte für den Bezirk Karlsruhe.

Geschäftsstelle: Nationaler Frauendienst, **Kronenstr. 24.**

Städt. Handels-Hochschule Cöln.

Das **Vorlesungs-Verzeichnis** für das **Sommer-Halbjahr 1918** ist erschienen und durch das **Sekretariat, Claudiusstrasse 1,** zu beziehen (Preis 0,25 ℳ).

Die Vorlesungen und Uebungen beginnen am **15. April.** 12016

Der Studiendirektor: **Prof. Dr. Chr. Eckert,** Geheimer Regierungsrat.

Unter der wissenschaftlichen Kontrolle des vereid. Gerichts- und Handels-Chemikers Professor Dr. Heinrich Becker, Frankfurt a. M. 8025

Suppenwürze

von vorzüglicher Beschaffenheit.

Chemische Fabrik Dr. Kast G. m. b. H., Frankfurt a. M.

zur Messe in Leipzig, Zeissighaus, III. Stock, Stand 254.

Museums-Saal.

Donnerstag, den 28. Februar

abends 1/2 8 Uhr

Rudolf Essek

in **Brandstifter**

Drama in 1 Akt von **Heljermanns,** sowie

ernste und heitere Vorträge

Vorverkauf: **Fritz Müller,** Musikalienhandlung, — Kaiserstrasse 124. — 1225

Preise der Plätze: **4.—, 3.— 2.— Mk.**

Konfirmanden- u. Communikanten-Geschenke

in großer Auswahl

Ringe, Broschen, Collier, Kreuzchen, Nadeln, Ketten, Manschetten-Knöpfe u. s. w.

Fr. Widmann, Juwelier

Kaiserstrasse 223.

Ausverkauf wegen Umzug.

Eigene Werkstätte.

Original-Oelgemälde

von Prof. Dill, Prof. Fehr
= Prof. von Volkmann =
Fickentscher, Grether, Hausamann,
Lemmer, Metzger, Mutter, Segewitz
† Prof. Schönleber
Prof. Roman, Knorr, Schirm etc.

Ferner im Auftrag z.G. für den Ortsverb. d. Rent.- u. Pensionsanst. f. Deutsche bildende Künstler in Weimar

eine Anzahl Gemälde, Radierungen und Originalsteinzeichnungen zu Gelegenheitspreisen.

Fz. Otto Schwarz

Kunsthandlung

Kaiserstrasse 225. 1220

Residenz Theater Waldstr.

Mittwoch bis einschl. Freitag.

Richard-Oswald-Film 1918

Die zweite Frau

Gesellschaftsschauspiel nach d. Roman von E. Marlitt mit **Alexander von Antalffy.** — 4 Akte. — 1246

Der Tugendbund

Lustspiel in 3 Akten.

Friedensverhandlungen mit Ukraine.

Ausgabe des Bild- u. Film-Amt Berlin.

Bad. Schwarzwaldverein,

Orts- u. Bezirksgruppe Karlsruhe. E. V.

Mitglieder-Versammlung

Donnerstag, den 14. März 1918, abends halb 9 Uhr, im Moninger (Konkordiasaal).

Tagesordnung:

1. Erstattung des Jahresberichts für 1917.
2. Rechnungsablage für 1917.
3. Beratung der im Jahre 1918 vorzunehmenden Arbeiten.
4. Anträge und Wünsche der Vereinsmitglieder. 1238

Werkschreiber

zu sofortigem Eintritt gesucht.

Angebot mit Zeugnisabschriften, sowie Angabe der Gehaltsansprüche, des frühesten Eintrittstermins und der Militärverhältnisse an 1232

Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe

Karlsruhe (Baden).

Darlehen

gewähre in jeder Höhe solventen Personen Ia. Referenzen. **Ad. Fritz Hamburg 24.** 150

Städt. Vierordtbad

Schwimmbad.

Für Frauen u. Mädchen geöffnet: „Werktags vormittags 9—11 Uhr und nachmittags 3—1/2 5 Uhr, sowie Freitags von 6—8 Uhr, mit Ausnahme Samstags nachmittags".

Für Herren u. Knaben geöffnet: „Werktags vormittags 8—9 Uhr und 11—1 Uhr, nachmittags 1/2 5—8 Uhr. Freitags nachmittags nur 1/2 5—6 Uhr, sowie Samstag nachmittags 3 Uhr bis abends 9 Uhr.

Mittags 1—3 Uhr geschlossen.

An Sonn- und Feiertagen während der Kriegszeit geschlossen. 61

Buchen und eichen

Brennholz,

kurz gesägt und gespalten, pro Ztr. **5.10** Mk. hat **fortwährend** abzugeben. 1329

Auf Wunsch gegen Vergütung zugeführt.

L. Braun, Holzhdlg., Veilchenstr. 18/20 Tel. 5222, Lagerpl. Schlachthofstr. 13.

Der besteu. gesundeste Sport für Jung u. Alt ist u. bleibt das

Schwimmen,

wovon man sich täglich im

Friedrichsbad

überzeugen kann. 1041

1 Karte	10 Karten
Mk. —.60	Mk. 5.—

Kinder Mk. —.30

Im Lebensbedürfnis-Verein einzeln zu 50 Pf.

Jäger.

Erstklassiges **Drillinggewehr,** hahnlos, Anson u. Deley, Elektro-Stahlläufe, Kal. 16, 16, 9,3 × 72, sowie neue **Doppelbüchse,** Hähnels Patent-Sicherheitsgewehr, Kal. 11 mm, preiswert bei 7018

Büchsenmacher **Ernst Volgt,** Schillerstr. 43, b. d. Bonif.-Kirche.

Maschinen zu verkaufen.

Wegen vollständiger Geschäftsaufgabe werden nachstehende Holzbearbeitungsmaschinen sofort dem Verkauf ausgesetzt:

1 Abrichthobelmaschine, 1 Dicktenhobelmaschine, 1 Bandsäge, 1 Kreissäge, 1 dreiseitige Kehlmaschine, 1 Fräsmaschine, 1 Decoupiersäge, 1 Rohr- und Stanzmaschine, 1 automatische Schleifmaschine für Hobelmesser.

Sämtliche Maschinen mit Vorgelege und Riemen. Die Maschinen können täglich besichtigt werden. Weiter ist ein in bestem Zustand befindliches **Locomobil,** 12 bis 15 Pferdekr., Lanz, zu verkaufen.

Zu erfragen bei Herrn Konkursverwalter **Emil Bischoffberger** in **Schopfheim** i. W. 1193

Städtisches Konzerthaus,

Mittwoch, den 27. Februar.

35. Sondervorstellung des Großh. Hoftheaters.

Polenblut.

Helena: Therese Müller-Reichel a. G.

Anfang 7 Uhr. Ende 3/4 10 Uhr.